

Bremerhaven gemeinsam stärken

Memorandum zur Bundestagswahl 2013

10 Punkte für die neue Legislaturperiode 2013-2017

1) Bildung für alle:

Damit der Strukturwandel in Bremerhaven dauerhaft gelingt, müssen wir möglichst früh ansetzen: bei der Bildung und Ausbildung.

- Die von Schwarz-Gelb für das familienpolitisch unsinnige Betreuungsgeld verplanten Bundesmittel müssen eingesetzt werden, um den Kita-Ausbau in Städten wie Bremerhaven, die einen besonderen Bedarf haben, voranzubringen.
- Gemeinsam mit dem Land muss der Bund die Schulsozialarbeit ausbauen; dafür müssen die von der SPD durchgesetzten Mittel im Bildungs- und Teilhabepaket auch künftig bereitstehen. Das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz muss aufgehoben werden, um dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft zu ermöglichen.
- Damit die rund 4.000 Azubis in Bremerhaven und andernorts gut ausgebildet werden, braucht es eine gemeinsame Ausbildungsoffensive von Bund, Wirtschaft und Gewerkschaften; dazu gehört auch eine Mindestvergütung.
- Das BAföG ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, damit keiner aus finanziellen Gründen vom Studieren abgehalten wird; das Schüler-BAföG muss erneuert werden.

2) Gute Arbeit:

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig, um den Niedriglohnsektor und damit die prekäre Beschäftigung einzudämmen und möglichst viele neue Arbeitsplätze in Bremerhaven zu schaffen.

- Ein gesetzlicher Mindestlohn auf Bundesebene soll künftig verhindern, dass 3700 Bremerhavenerinnen und Bremerhavener trotz Vollzeitjob ihre Armutslöhne vom Staat aufstocken lassen müssen. Er soll auch für Minijobs gelten, die vom ersten Euro an sozialversicherungspflichtig sein müssen.
- Ein Entgeltgleichheitsgesetz soll die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung aufzudecken und zu beseitigen, die vor allem Frauen trifft.
- Die Bundesmittel für aktive Arbeitsförderung müssen erhöht werden, um jedem und jeder Langzeitarbeitslosen vor Ort ein passgenaues Angebot machen zu können.
- Die künftige Organisation der Agentur für Arbeit muss die besonderen Gegebenheiten Bremerhavens mit hohen Pendlerströmen aus dem Umland und einem besonderen Betreuungsbedarf von Langzeitarbeitslosen berücksichtigen.
- Leiharbeit und Werkverträge: Reguläre Beschäftigung wird immer mehr durch Scheinwerksverträge verdrängt. Werkverträge sollen unattraktiv werden. Der Mindestlohn

von 8,50 Euro soll auch für Werkverträge gelten. Leiharbeit soll eingedämmt werden und stattdessen durch reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden.

- Für so genannte 450 Euro-Jobs soll es eine Stundenfestschreibung geben, so dass die Stundenzahl, die tatsächlich für diese Summe gearbeitet wird, im Vorfeld festgeschrieben ist und nicht nachträglich erhöht werden kann, ohne das dafür Überstunden abgerechnet werden.

3) Aufgabengerechte Finanzausstattung:

Durch den Finanzausgleich darf das Land nicht arm gerechnet werden, sondern es muss aus seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mehr Finanzkraft schöpfen können.

- Bei der anstehenden Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs muss die Benachteiligung der Stadtstaaten beendet und für eine gerechte Steuerverteilung gesorgt werden; dazu gehört auch eine Altschuldenregelung.
- Die besonderen Leistungen, die unsere bremischen Häfen für den Exportstandort Deutschland erbringen, müssen durch eine faire Verteilung der Hafenlasten angemessen berücksichtigt werden.
- Eine Vermögenssteuer für diejenigen, die mehr tragen können als andere, soll den Ländern dringend notwendige Investitionen ermöglichen, allen voran in die Bildung.

4) Nachhaltiges Wirtschaftswachstum:

Um Bremerhaven auf seinem Weg des wirtschaftlichen Wandels zu unterstützen, müssen die klassischen Industrien modernisiert und neue Leitmärkte erschlossen werden.

- Damit Küstenstandorte wie Bremerhaven die Chancen der Energiewende nutzen können, brauchen wir auf Bundesebene ein Energieministerium, um den Ausbau der erneuerbaren Energien besser zu koordinieren, und im Bundestag einen Ausschuss „Energie“.
- Um in den für Bremerhaven wichtigen Wirtschaftsbereichen wie der Offshore-Windenergie, der Gesundheitswirtschaft oder dem Gastgewerbe auch in Zukunft gut qualifizierte Arbeitskräfte zu haben, muss der Bund gemeinsam mit Land und Sozialpartnern jetzt rasch eine Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfs starten. Dazu gehören auch bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Schlüsselbranchen wie dem Gesundheits- und Pflegebereich, um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen.
- Um die „gläserne Decke“ für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen; als ersten Schritt werden wir eine 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen.

5) Leistungsfähige Infrastruktur:

Der Hafenstandort Bremerhaven braucht eine aktive Infrastrukturpolitik des Bundes, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

- Bei der Bundesverkehrswegeplanung muss künftig ein besonderer Schwerpunkt auf dem Ausbau der Seehafen-Hinterlandanbindungen liegen.
- Damit die Außenweser vertieft werden kann, muss die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ihre Pläne zügig überarbeiten und die Planungsverfahren für Außen- und Unterweser trennen.
- Der Bund muss Mittel für Umschlaganlagen des Kombiverkehrs und die Offshore-Infrastruktur bereitstellen, damit der Ausbau des Offshore-Terminals Bremerhavens als maßgeblicher Baustein für die Entwicklung des Standortes rasch realisiert werden kann. Eine gemeinsame Netzgesellschaft von Bund und Netzbetreibern soll den zügigen, bedarfsgerechten Ausbau der Stromnetze und der seeseitigen Netzanschlüsse sicherstellen.

6) Besserer Lärmschutz:

Um die Belastungen durch Bahnlärm in Bremerhaven zu verringern, wollen wir den bestmöglichen Lärm- und Erschütterungsschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner.

- Die Bahnstrecken im Land Bremen müssen in das Innovationsprogramm des Bundes „Leiser Güterverkehr“ aufgenommen werden.
- Ein Lärmmonitoring des Bundes soll regelmäßig über den Fortschritt an den besonders durch Güterverkehr belasteten Hauptstrecken in Bremerhaven Aufschluss geben.
- Um den Lärmschutz an belasteten Strecken wie in Bremerhaven voranzubringen, müssen die Lärmsanierungsmittel für die Schienenwege des Bundes auf 200 Millionen Euro jährlich verdoppelt werden; zudem muss das Lärmschutzprogramm um einen Erschütterungsschutz ergänzt werden. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen sollen ihre Züge zeitnah modernisieren, damit der Lärm bereits an der Quelle gemindert wird.

7) Soziale Stadtentwicklung:

Eine gezielte Stadtentwicklung ist notwendig, damit der Bremerhavener Wohnungsmarkt mit dem Strukturwandel Schritt halten kann und Stadtteile und Quartiere im sozialen Gleichgewicht bleiben.

- Damit Städte wie Bremerhaven die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels erfolgreich bewältigen können, muss der Kahlschlag bei der Städtebauförderung des Bundes ein Ende haben; die Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden.
- Zudem brauchen wir ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“, mit dem der Bund gezielt Neubauten fördert, die für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbar sind.

- Mit einer gesetzlichen Mietpreisbremse auf Bundesebene muss der Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen wirksam begrenzt werden. Um die Stromkosten spürbar zu senken, sollte der Grundverbrauch privater Haushalte von der Stromsteuer befreit werden.
- Da gerade ältere Hauseigentümer in der Regel nicht von zinsgünstigen Krediten profitieren können, müssen die Zuschüsse für den altersgerechten und barrierefreien Umbau wieder eingeführt werden; das Programm „Altersgerecht Umbauen“ ist verlässlich mit Bundesmitteln in Höhe von 100 Millionen Euro auszustatten.

8) Altersgerechte Stadt:

Damit Bremerhaven auch in Zukunft eine lebendige Stadt bleibt, muss die soziale Teilhabe von Älteren ein Schwerpunkt der Stadtentwicklung sein.

- Im Rahmen des „Aktionsprogramms für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ muss der Bund verstärkt in den barrierefreien Umbau der Wohnungsbestände investieren, um das Wohnungsangebot für ältere Menschen zu verbessern.
- Um einen für alle zugänglichen öffentlichen Nahverkehr zu gewährleisten, muss der Bund den ÖPNV mindestens bis Ende 2019 mit einem ausreichenden Finanzierungsbeitrag fördern.
- Damit die Programme zur Mobilität von Älteren ausgeweitet werden können, müssen die Bundesmittel für die Verkehrssicherheitsarbeit aufgestockt werden.
- Des Weiteren wird sich die Bremerhavener SPD dafür einsetzen, dass das Pflegekonzept der SPD umgesetzt wird

9) Leistungsfähige Forschung:

Um die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Bremerhaven zu fördern, muss die Verflechtung der Forschungstätigkeit mit den traditionellen Branchen in der Seestadt gestärkt werden.

- Die Ansiedlung des Thünen-Instituts für Seefischerei und Fischereiökologie in Bremerhaven muss endlich abgeschlossen werden, um das Profil der Seestadt als Kompetenzzentrum Meereswirtschaft zu stärken.
- Der Hochschulpakt muss weiterentwickelt werden, um mehr Planungssicherheit für die Hochschulen zu erreichen.
- Um unsere Werften bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder zu unterstützen, muss der Bund eine Innovationsstrategie entwickeln, die einen Schwerpunkt auf die Offshore-Technologie legt und Innovationen im Schiffbau fördert.

10) Maritimer Tourismus:

Auch der maritime Tourismus hat sich als zentraler Wirtschaftsbereich etabliert und muss Bestandteil einer langfristig angelegten Wirtschaftsstrukturpolitik für Bremerhaven sein.

- Notwendig ist eine dauerhafte, verlässliche Einbindung Bremerhavens in das Fernverkehrsnetz der Deutsche Bahn AG, um die touristische Entwicklung der Seestadt zu fördern.
- Um die Traditionsschiffe als Kernstück maritimer Großveranstaltungen wie Sail Bremerhaven und Bremerhavener Festwoche zu erhalten, muss der Bund die Schiffszulassung umgehend neu regeln und endlich Rechtssicherheit und Planungsperspektiven für die Schiffseigner schaffen.